

**Weimar und globaler politischer Wandel.
Deutschland und die Etablierung einer
neuen Völkerrechts- und
Weltwirtschaftsordnung nach 1918**

Veranstalter: Weimarer Republik e.V., Forschungsstelle „Weimarer Republik“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Datum, Ort: 09.12.2016–11.12.2016, Weimar

Bericht von: Sebastian Elsbach / Ronny Nolak, Institut für Politikwissenschaft, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Die diesjährige Tagung des Weimarer Republik e.V. und der Forschungsstelle Weimarer Republik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena fand im Hotel Kaiserin Augusta in Weimar statt, womit die Tagungsteilnehmer gewissermaßen in einem „monarchistischen“ Umfeld agieren mussten, was – wie ironischerweise bemerkt wurde – der Situation der Weimarer Republik nicht unähnlich war. Zur Beginn der Tagung begrüßten MICHAEL DREYER und ANDREAS BRAUNE (beide Jena) die Teilnehmer.

Im ersten Panel machten BORIS BARTH (Prag) und PAUL KÖPPEN (Potsdam) Ausführungen zum Versailler Friedensvertrag (VV) und den deutschen Reaktionen hierauf. BARTH erläuterte, dass nicht von einer Versailler, sondern einem Pariser Weltordnungsversuch gesprochen werden müsse. Insgesamt seien jedoch praktisch alle Vertragsparteien mit den Verhandlungsergebnissen unzufrieden gewesen, weshalb der Revisionismus zu einem allgemeinen europäischen Phänomen wurde. Der Pariser Weltordnungsversuch habe keinen dauerhaften Frieden geschaffen und auch keine Rezepte zu einer nachhaltigen Demokratisierung der unterlegenen Staaten bereitgestellt. Angesichts einer allgemeinen Krise der Demokratien in den 20er und 30er Jahren, sei der Untergang der Weimarer Republik kein Ausnahmefall gewesen, wobei so wie in fast allen betroffenen Staaten die Zerrüttung der liberalen gesellschaftlichen Mitte und ihrer Parteien dem Zusammenbruch der Weimarer Demokratie unmittelbar vorangegangen sei. Vor diesem Kontext sei es interessant zu fragen, warum die Weimarer Demokratie verhältnismäßig lange Bestand gehabt habe.

Köppen stellte eine Sichtweise auf die Weimarer Außenpolitik vor, die dem gängigen revisionistischen Narrativ widerspricht. Köppen betonte die Bedeutung der Stresemannschen Verständigungspolitik als Versuch einer deutsch-französischen Kooperation und teilweisen Anerkennung des VV. Während in den unmittelbaren Nachkriegsjahren praktisch keine diplomatischen Beziehungen unterhalten worden seien, sondern auch von deutscher Seite eine aktive Eskalation des Konfliktes betrieben wurde, hätten insbesondere die Diplomaten Leopold von Hoesch und Carl von Schubert ab 1923 auf eine Verständigung mit Frankreich hingearbeitet. Kerngedanke dieser republikanischen Außenpolitik sei die „Verflechtung beiderseitiger Interessen“ (Hoesch) gewesen und nicht die machtpolitische Aushandlung konkurrierender nationaler Interessen. Mit diesem Ansatz sei jedoch nach Stresemanns Tod gebrochen worden.

Im zweiten Panel präsentierten JENS STEFFEK (Darmstadt) und BERNHARD ROSCHER (Bonn) ihre Erkenntnisse zur völkerrechtlichen Entwicklung der Zwischenkriegszeit und insbesondere dem Kellogg-Briand-Pakt (KBP) von 1928. ROSCHER, der den krankheitsbedingt verhinderten Jochen von Bernstorff vertrat, unterstrich die Neuartigkeit des KBP, der mit dem Gedanken der „Freiheit des Krieges“ gebrochen habe. Zwar sei im Völkerbund erstmals ein Kriegsverbot völkerrechtlich verankert worden, welches allerdings nur für Mitglieder und damit nicht für die USA oder die Sowjetunion galt. Der KBP als bilateraler Kriegsächtungsvertrag ohne rechtliche Verbindung zum Völkerbund habe hingegen praktisch weltweite Geltung erlangt. Diese Form des freiwilligen Verzichtes habe freilich mehrere inhaltliche Probleme mit sich gebracht. So enthielt der KBP keine Sanktionsmechanismen, sodass die Bedeutung des Vertrages insbesondere in der deutschen völkerrechtlichen Debatte hoch umstritten gewesen war.

STEFFEK stellte die Frage, ab wann von einem Aufstieg des „Realismus“ als Theorie der internationalen Beziehungen zu sprechen sei. Nicht erst in den 30er-Jahren, so seine Annahme, sondern bereits in den 20ern hätten prominente Politikwissenschaftler wie

der US-Amerikaner Edwin Borchard „realistische“ und revisionistische Ansichten vertreten. Borchards Ideen zu einem diplomatisch auszuhandelnden Mächtegleichgewicht und dem Primat der Politik über das (Völker-)Recht hätten insbesondere deutschen Revisionisten Argumente zur weiteren Diskreditierung des Völkerbundes und des Völkerrechtes im Allgemeinen geliefert. Noch im Dritten Reich sei der jüdischstämmige Borchard daher gern in der akademischen Debatte zitiert worden. Der Realismus, so Steffeks Fazit, sei somit erstens als wissenschaftliche Theorie der Internationalen Beziehungen zu sehen, die aber zweitens den Charakter einer politischen Intervention zur Delegitimierung internationaler Organisationen trage.

Als feierlicher Abschluss des ersten Tages wurde zu einer Abendveranstaltung in der Musikschule Johann Nepomuk Hummel geladen. Unter musikalischer Begleitung wurden erstmals Forschungsarbeiten zur Weimarer Republik ausgezeichnet. Den diesjährigen Matthias-Erzberger-Preis für die beste Bachelorarbeit erhielt FLORIAN SCHREINER (Potsdam) für seine Arbeit „Kommilitonen unter Waffen“ zur Verflechtung von Universität und Reichswehr im Rahmen der studentischen Freiwilligenverbände. Der Friedrich-Ebert-Preis wurde in diesem Jahr gleich dreimal vergeben. Die Preise erhielten MARCEL BÖHLES (Heidelberg), der in „Im Gleichschritt für die Republik“ zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Baden und Württemberg forschte, VOLKER KÖHLER (Darmstadt), der in „Die Mikropolitik der Genossen, Freunde und Junker“ historische Korruptionsforschung betrieb und DANIEL MÜNZNER (Rostock) für seine Biographie zum intellektuellen Außenseiter Kurt Hiller.

Der Festvortrag von WOLFRAM PYTA (Stuttgart) rundete den Tag ab. Pyta ging auf das Wechselverhältnis von Innen- und Außenpolitik in der Weimarer Republik ein und schlug auch den Bogen zu den bisherigen Ergebnissen der Tagung sowie den heutigen Verhältnissen. Damals wie heute sei es für zentrale Akteure notwendig ein „kluges und proaktives Erwartungsmanagement“ zu betreiben, welches den gezielten Einsatz von Emotionen erfordere, wobei Pyta auf Heinrich Brüning und Ulrich von Brockdorff-

Rantzau als Negativbeispiele aus der Weimarer Zeit verwies, deren außenpolitisches Handeln auch aufgrund der Vernachlässigung emotionaler Aspekte nicht von Erfolg gekrönt gewesen sei.

Der zweite Tag begann mit den Vorträgen von JOACHIM WINTZER (Berlin) und FLORIAN GREINER (Augsburg), wobei die Ebene der internationalen Organisation Europas im Vordergrund stand. Wintzer gab eingangs zu bedenken, dass ein Vergleich mit der Situation Deutschlands nach 1989 auch die Frage nach der „Gerechtigkeit“ des VV erhellen kann. Die Streitfragen zwischen der Weimarer Republik und dem Völkerbund, die sich insbesondere um Grenzfragen drehten (Saargebiet, Danzig, Schlesien u.a.), verhinderten, dass der Völkerbund in Deutschland positiv wahrgenommen wurde. Er erschien eher als Instrument der Ungleichbehandlung von Siegern und Besiegten des Ersten Weltkrieges. Die Aufnahme Deutschlands als ständiges Ratsmitglied habe aber die Legitimität dieser Organisation wesentlich erhöht, auch wenn dies erst nach zähen Verhandlungen möglich wurde.

Greiner verwies in seinem Vortrag auf die Vielfalt der Europa-Ideen in den 20er- und 30er -Jahren, die in unterschiedlichsten Milieus entwickelt wurden. Als einzige Gemeinsamkeit dieser Ideen sei allerdings ihre politische Erfolglosigkeit festzustellen. Auch der Plan des französischen Außenministers Aristide Briand über eine europäische Union von 1929 konnte keine politische Durchschlagskraft entwickeln, da praktisch aus allen angesprochenen Ländern ablehnende diplomatische Reaktionen kamen. Die Öffentlichkeit habe jedoch teilweise geradezu euphorisch auf Briands Plan reagiert. Insgesamt sei die Zwischenkriegszeit trotz des Fehlens einer Europäischen Integration eine Zeit der „hidden integration“ gewesen. So seien in Sport und Kultur vielfältige europäische Verknüpfungen entstanden, was zu einer positiven Aufladung des Begriffes „Europa“ beigetragen habe.

Das anschließende Panel gab den Preisträgern die Möglichkeit ihre Arbeiten und Ergebnisse vorzustellen und diese damit auch weithin diskutieren zu können.

Anschließend referierten GERHARD

WEGNER (Erfurt) und HAGEN SCHULZ-FORBERG (Aarhus) über liberale Ordnungsentwürfe in der Zwischenkriegszeit. Während Wegner dabei, insbesondere im Vergleich zur Vorkriegszeit, einen Wandel liberalen Ordnungsdenkens verbunden mit einer Politisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausmachte und einem gestiegenen Zusammenhang von internationaler Wirtschaftsordnung und Ordnung in den Staaten ausmachte, zeigte Schulz-Forberg mit dem Proto- und Frühneoliberalismus eine Denkrichtung auf, die durch die Betonung des Sozialen und der Implementierung des Staates als wirtschaftlichen Akteur Antworten auf die wirtschaftlichen Krisen der Zwischenkriegszeit finden wollte. Damit konnten die Neoliberalen bereits in den 30er-Jahren erste Antworten auf die zuvor von Wegner dargestellten neuen Problemfelder geben. Allerdings blieb das praktische Wirken der Neoliberalen begrenzt.

Die folgenden Vorträge setzten den Fokus nun auch auf außereuropäische internationale Akteure der Zwischenkriegszeit. Bernhard H. BAYERLEIN (Mannheim) widmete sich dabei der Rolle der Kommunistischen Internationale. Er arbeitete insbesondere das „Wirkungsdreieck“ zwischen KomIntern, der Sowjetunion (SU) und den Kommunistischen Parteien heraus. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass sich dieses Dreieck in vier Phasen sehr unterschiedlich gegenseitig beeinflusste. In der letzten Phase ab 1928/29 trugen unter anderem starke Spannungen in diesem Beziehungsgeflecht zum Aufstieg des Faschismus bei, da die SU unter anderem die Verfolgung der politischen Gegner des Faschismus, zu denen auch die Kommunisten in Deutschland zählten, „passiv geschehen“ ließ.

MARKUS LANG (Santiago de Chile) stellte anschließend die von ihm jüngst im Auftrag des Auswärtigen Amtes angefertigte Studie über internationale Perspektiven auf die Weimarer Republik vor. Anhand der Fallbeispiele Frankreich, Polen und den USA untersuchte er die Präsenz dieser Thematik im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs dieser Länder. Dabei zeigte sich, dass sehr unterschiedliche Bilder bezüglich der Weimarer Republik bestehen. Das anstehende Jubiläum bietet dabei aber die Möglichkeit auch im Aus-

land auf ein positives Bild der Weimarer Republik hinzuwirken.

Abgeschlossen wurde der Tag mit einem Besuch der Ausstellung „Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919“ im Weimarer Stadtmuseum.

Der dritte Tag der Konferenz stand unter einer globalen Betrachtung der Ereignisse zwischen 1918 und 1933. Den Anfang bildete dabei der Vortrag von WOLFGANG MICHALKA (Karlsruhe). Dieser widmete sich in Form einer biographischen Betrachtung den Tätigkeiten und der Wirkung Walther Rathenaus. Dieser habe die Wirtschaft als wesentliches außenpolitisches Mittel eingesetzt und in seiner Zeit als Außenminister der Weimarer Republik unter der Berücksichtigung französischer Sicherheitsinteressen eine internationale Einbindung der jungen Republik forciert. Damit kann Rathenau ebenso als Vertreter einer liberalen demokratischen Außenpolitik gesehen werden. Die Frage nach einer Rathenauschen Außenpolitik bildete dabei auch den Kern der Diskussion, wobei sich zeigte, dass Rathenau zwar keine genuin eigenständige Außenpolitik entwickeln konnte, allerdings insbesondere aufgrund seiner „Experimentierfreudigkeit“ auch neue Möglichkeiten in außenpolitischen Fragen suchte, wobei er aber seinem Kurs der Westbindung treu blieb.

ROMAN KÖSTER (Freiburg) zeichnete anschließend ein umfassendes Bild der Zeit der Großen Depression. Hierbei trat insbesondere die Exzeptionalität der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1928 bis 1931 hervor, die die Akteure vor besondere Herausforderungen stellte. Köster hob vor allem die Bedeutung der einsetzenden Lernprozesse während der Krise heraus. Er zeigte jedoch auch, dass das sich während der Krise ausbildende internationale System verschiedener Währungsblöcke keine langfristige Tragfähigkeit besaß und somit die Rückkehr zur liberalisierten Wirtschaftspolitik oder ein erneuter Krieg die Alternativen der Wirtschaftsordnung nach 1933 blieben.

Den abschließenden Vortrag hielt JAKOB ZOLLMANN (Berlin). Mit der Internationalen Handelskammer und dem Internationalen Schiedsgericht zeigte er exemplarisch wie privatwirtschaftliche Organisationen bedeutsam für die Wirtschaftsorganisation der Zwischenkriegszeit werden konnten. Dabei ge-

lang es den Schiedsgerichten auf der Basis der Ressource Vertrauen ohne Mitwirkung staatlicher Kompetenzen oder Sanktionen nationale Märkte für den internationalen Handel zugänglich zu machen und entstehende Differenzen auszugleichen. Die Schiedsverfahren endeten dabei häufig sogar in einem Vergleich ohne richterliche Entscheidung.

Insgesamt zeigte die Tagung, dass die globale Ordnung zwischen 1918 und 1933 weiterer Forschung bedarf. Verschiedene Fragestellungen wurden daher während der Tagung in verschiedenen Konstellationen immer wieder aufgegriffen und bildeten somit das verbindende Element der Vorträge. Dazu zählte: die Erörterung der Bedeutung von Emotionen in der Politik, die Frage nach der Wirkmacht einzelner Akteure oder Verbände im internationalen Geschehen, Chancen und Risiken alternativen Handelns unter Berücksichtigung der Zeitumstände und des Erfahrungshorizontes, die Frage nach einer demokratischen Außenpolitik der Weimarer Republik, der „Fairness“ bzw. „Gerechtigkeit“ des VV und die gegenseitige Einflussnahme von Wirtschaft und Politik.

Damit zeige die Tagung vor allem, dass sich die Weimarer Republik im Rahmen ihres Handlungsspielraums als demokratischer Staat in der Außen- und Wirtschaftspolitik etablieren konnte, der den Versuch unternahm seine Interessen fernab hegemonialer Bestrebungen in der Kombination aus internationaler Kooperation und auf dem Wege der Bilateralität durchzusetzen. Diesbezüglich rückte auch die Bedeutung der in der Zeit der Weimarer Republik geschaffenen internationalen Institutionen für heutige Gegebenheiten in den Vordergrund. So kann der Völkerbund nicht nur als Vorläufer der Vereinten Nationen gesehen werden, sondern auch als ein erster Versuch einer Europäischen Union. Ähnliches mag auch für andere Einrichtungen, wie beispielsweise die Schiedsgerichte gelten. Die hier eingeführten Standardisierungen und Verbindungen führten zu einer wirtschaftlichen Verflechtung, an die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges angeknüpft werden konnte. Die folgende wirtschaftliche Integration führte schließlich zur politischen Integration. Ein Beziehungs-

geflecht dessen Wurzeln aus der Zwischenkriegszeit demnach bis heute fortwirken.

Konferenzübersicht:

Grußworte durch die Leitung der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Michael Edinger (TMWWDG)

Einführung durch Michael Dreyer & Andreas Braune (Jena): Chancen und Fallstricke internationaler Reorganisation nach 1918

1. Sitzung: Versailles und die Folgen

Boris Barth (Prag), Die Pariser Weltordnung und die europäischen Demokratien der Zwischenkriegszeit

Paul Köppen (Potsdam), Der Versailler Vertrag und Konturen einer republikanischen Außenpolitik

2. Sitzung: Das Völkerrecht in der Zwischenkriegszeit

Jens Steffek (Darmstadt), Vom „Revisionismus“ zu einem „realistischen“ Völkerrecht? Transatlantische Entwicklungen des Völkerrechts 1918-1938

Bernhard Roscher (Bonn), Der Kellogg-Briand-Pakt und die internationale Kriegesächtung

Abendveranstaltung

Grußworte: Oberbürgermeister Weimar, Vertreter Auswärtiges Amt, BMJV

Verleihung des Preises zu Forschungsarbeiten zur Weimarer Republik

Friedrich-Ebert-Preis für die beste Habilitation oder Dissertation

Hugo-Preuß-Preis für die beste Master-, M.A.-, Diplom- oder Staatsexamensarbeit

Matthias-Erzberger-Preis für die beste Bachelorarbeit

Festvortrag

Wolfram Pyta (Stuttgart), Innenpolitik unter dem Primat der Außenpolitik?

3. Sitzung: Völkerbund & Europa

Joachim Wintzer (Berlin), „Deutschland und der Völkerbund 1918-1926“

Florian Greiner (Augsburg), Europäische Erfahrungen. Europa als Raumvorstellung in der Weimarer Zeit

4. Sitzung: Vorstellung der prämierten Forschungsarbeiten

5. Sitzung: Bedrängt und kämpferisch: Liberalismus als internationaler Ordnungsentwurf

Gerhard Wegner (Erfurt), Die Krise des Liberalismus als Thema ordnungsökonomischen Denkens in der Zwischenkriegszeit

Hagen Schulz-Forberg (Aarhus), Deutschland und die Entstehung des Neoliberalismus

6. Sitzung: Antiliberale Gegenentwürfe

Bernhard H. Bayerlein (Mannheim), Deutschland und die Komintern, 1919-1933

7. Die Republik auf internationaler Bühne

Markus Lang (Santiago de Chile), Zur unterschätzten Attraktivität der Weimarer Verfassung — internationale Perspektiven

Besuch der Ausstellung „Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919“ im Stadtmuseum Weimar

8. Sitzung: Weltwirtschaft und globale ökonomische Ordnung

Wolfgang Michalka (Karlsruhe), Liquidierung des Krieges und Konsolidierung des Friedens. Walther Rathenaus Konzept einer liberalen Wirtschaftsaußenpolitik

Roman Köster (Freiburg), Die Große Depression als Erfahrungsraum. Weimarer Republik und europäische Wirtschaftsordnung im Verlauf der großen Krise

Jakob Zollmann (Berlin), Integration, Wachstum, Gerechtigkeit? Die Internationale Handelskammer (Paris) und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit, 1920-1936

Tagungsbericht *Weimar und globaler politischer Wandel. Deutschland und die Etablierung einer neuen Völkerrechts- und Weltwirtschaftsordnung nach 1918*. 09.12.2016–11.12.2016, Weimar, in: H-Soz-Kult 20.02.2017.